

Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Art. 12 bis 14 der DSGVO beim Landkreis Hildesheim

1. Kontaktdaten der Verantwortlichen

Grundsätzlich verantwortlich für datenschutzrechtliche Angelegenheiten des Landkreises Hildesheim, ist die Behördenleitung, Herr Landrat Olaf Levonen.

Kontaktdaten: Landkreis Hildesheim, Bischof-Janssen-Str. 31, 31134 Hildesheim,

E-Mail: info@landkreishildesheim.de

Darüber hinaus können Sie sich an die Datenschutzbeauftragte des Landkreises Hildesheim wenden.

E-Mail: datenschutz@landkreishildesheim.de

2. Zu welchem Zweck und aufgrund welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir ihre personenbezogenen Daten?

Bearbeitung von Anträgen auf Beistandschaft gem. § 1712 BGB

Beurkundung von Vaterschaftsanerkennungen und Sorgeerklärungen sowie

Unterhaltsverpflichtungen

3. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Im Bereich Beistandschaft werden personenbezogene Daten erhoben für die Klärung der Vaterschaft und der gemeinsamen Sorge sowie die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen. Um eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende und gerechte Entscheidung zu treffen ist die Kenntnis einer Vielzahl Sie betreffender Daten und Informationen erforderlich.

Erhoben werden Daten der Kinder und deren Eltern und in Ausnahmefällen auch deren Großeltern, insbesondere:

Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Familienstand, Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft, Daten zum Ehegatten / Lebenspartner,

Bankverbindung, Steuernummer, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Daten zu Familienangehörigen, alle Daten die im Zusammenhang mit unterhaltsrechtlichen Regelungen stehen, sowie die Personensorge bzw. den Aufenthalt minderjähriger Personen im Haushalt.

Für die Berechnung des Unterhaltsanspruches sowie einer ggf. erforderlichen Zwangsbeitreibung erforderliche Informationen:

z. B. Einnahmen (z. B. Arbeitslohn, Sozialleistungen, Betriebseinnahmen, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Kapitalerträge, Renten), Familienstand und Kinder, Beruf, Bankverbindung, Angaben zu den Vermögensverhältnissen (z.B. Sparbücher / Bausparverträge, Eigentum) aller vom Antrag betroffenen Personen.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, sogenannte „sensible Daten“, erheben wir nur dann, wenn dies für die Bearbeitung der Anträge zwingend erforderlich ist. In erster Linie stellen Sie uns Ihre Daten selbst zur Verfügung, z.B. durch das Stellen der Anträge oder Ausfüllen der Erhebungsbögen.

Sofern Sie Ihrer Auskunftspflicht nicht nachkommen, sind wir berechtigt Ihre personenbezogenen Daten bei Dritten zu ermitteln, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

Im Vollstreckungsverfahren können wir Daten bei Drittschuldnern (z. B. Kreditinstitut oder Arbeitgeber) erheben und öffentlich zugängliche Informationen (z. B. aus Zeitungen, öffentlichen Registern oder öffentlichen Bekanntmachungen) verarbeiten.

Im Bereich Beurkundungen werden personenbezogene Daten erhoben, um die Beurkundungen durchzuführen und das Beurkundungsregister zu führen. Ferner werden sie registriert, um bei der Beurkundung von Erklärungen zur gemeinsamen Sorge die Führung des Sorgeregisters sicherzustellen. Eine Weitergabe erfolgt an die im Beurkundungsverfahren Berechtigten, deren Rechtsnachfolger sowie im Rahmen von berechtigtem Verlangen.

4. Wer sind die Empfänger der personenbezogenen Daten?

Die Daten verbleiben grundsätzlich im Amt 407 – Team Beistandschaft. Eine Weitergabe der Daten kann unter Umständen erfolgen, z.B. an Behörden und Gerichte, Strafverfolgungsbehörden oder Sozialleistungsträger.

5. Weitergabe von Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation?

Es erfolgt keine Weitergabe

6. Unter welchen Voraussetzungen dürfen wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?

Die hier uns erhobenen bzw. uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten dürfen wir im Einklang mit dem Sozialdatenschutz sowie den Bestimmungen der DSGVO nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

7. Wie verarbeiten wir Ihre Daten?

In weitgehend automationsgestützten Verfahren werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen -entsprechend dem aktuellen Stand der Technik- ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen.

8. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Personenbezogene Daten werden solange gespeichert, wie Sie für die einzelnen Verfahren erforderlich sind oder eine gesetzliche Grundlage die Speicherdauer vorgibt.

9. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren gemacht werden.

Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

Recht auf Löschung

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.

Recht auf Beschwerde

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen.

Die Kontaktdaten der Niedersächsischen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz lauten:
Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstr.5, 30159 Hannover,
E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de